

Die Grünen sind schuldig an der Finanz- und Wirtschaftskrise!(?)

Verpaßte Chancen einer neuen Ökonomie mit alten Wurzeln

(Anmerkungen für die Mitglieder von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN)

Tristan Abromeit
abromeit@t-online.de
www.tristan-abromeit.de

Text 70.2

Mai 2008

Kein Fortschritt in 40 Jahren in der Ökonomie

Kleine Dokumentation

an Hand von zwei Berichten der
Hannoverschen Allgemeinen Zeitung
vom 8. Mai 2009 und 26./27. Juli 1969

Kein Fortschritt in 40 Jahren in der Ökonomie

Kleine Dokumentation

an Hand von zwei Berichten der
Hannoverschen Allgemeinen Zeitung
vom 8. Mai 2009 und 26./27. Juli 1969

Auf den Folgenden Seiten finden Sie ein Bericht vom Redakteur Gerd Grope der HAZ vom Juli 1969 und ein Bericht von Dirk Schmalzer in der HAZ vom Mai 2009. Die beiden Artikel sind nur bedingt vergleichbar, weil Gerd Grope zu seiner Zeit versucht eine Skizze der theoretischen und praktischen Ökonomie zu fertigen, bemüht sich Dirk Schmalzer „nur“ den Wandel der Einstellung zur Ökonomie vom Spitzenkandidaten Jürgen Trittin von den Bündnisgrünen zu zeichnen.

In meiner Leserzuschrift vom 27. 7. 69 versuche ich die Mängel von Gerd Grope in Bezug auf Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit des Geldes aufzuzeigen. Grope antwortet in seinem Schreiben vom 14. Oktober: Wenn ich auf die theoretischen Einsichten von Gesell anspielen würde, läge ich mit meiner Argumentation daneben. Das Thema wäre Gegenstand seiner Diplomarbeit, die er vor über 20 Jahren (von damals gerechnet) gefertigt hätte, gewesen: „Gesells Vorstellungen sind in Wirklichkeit nicht zu praktizieren.“ Wenn man die reale Ökonomie vor und nach seiner Aussage betrachtet, war der Wissensstand der Wirtschaftswissenschaften nie besonders hoch einzuschätzen, weil ihr Einfluß auf die praktische Ökonomie als mangelhaft einzustufen ist. Die Widersprüche und die Ratlosigkeit der Ökonometheoretiker in der jetzigen Finanz- und Wirtschaftskrise hat - gruppendynamisch gesprochen - die Ökonomen gezwungen von der Gruppenleistung des Festlegens (definieren von Istbeständen) auf die Gruppenleistung des Suchens (nach den Ursachen und der Auflösung von Problemen) umzuschalten. Wer nun zielgerichtet sucht, wird erstmal abtasten, was denn in der Vergangenheit schon gefunden und evtl. als unbrauchbar verworfen wurde. In diesem Suchprozeß stoßen einzelne Späher im oder ohne Zusammenhang mit J. M. Keynes oder Irving Fisher auf den Namen Silvio Gesell und die von ihm begründete Freiwirtschaftsschule. Warum Gesell und seine Schule in der Vergangenheit in den Hochschulen tabuisiert und in der Politik an den Rand gedrückt wurde, wäre ein gutes Thema für eine soziologische Dissertation. Die realen ökonomischen Probleme heben jetzt aber die Tabuwirkung

auf. Täglich wagen sich neue Menschen an das Thema „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ - nämlich das ist es, was mit *Freiwirtschaft* oder *Natürliche Wirtschaftsordnung* gemeint ist -. Die ersten Zeitungen deutscher Sprache wagten schon Berichte zu veröffentlichen. Da die HAZ zu den „braven“ Zeitungen gehört, deren höchstes Gebot zu lauten scheint „Nirgendwo anecken!“, werden wir wohl noch eine Weile warten müssen, bis die Redaktion sich traut, das Thema aufzugreifen.

Der Wissenstand der Ökonomie wie er in meiner Leserzuschrift von 1969 zum Ausdruck kommt, war auch jener der ersten Anreger und Gründer der grünen Partei Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre. Aber aufgrund der versteinerten Fronten zwischen der Herrschaft der kapitalistischen Lehre und der marxistisch orientierten theoretischen Opposition hatten wir bei dem gering vorhandenem Vorverständnis für das marktwirtschaftliche Prinzip keine Chance für eine Expansion unserer Position. Welche Tendenzen auf der jetzigen Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90 / Die Grünen sichtbar werden, weiß ich heute am 8. Mai noch nicht zu sagen. Der Bericht über den Spitzenkandidaten der Bündnisgrünen macht aber deutlich, daß sich die Weißheit der Wirtschaftspolitik von Grün zu Rot, Gelb und Schwarz nur durch die Objekte der Subventionspolitik – die immer Eingriffe in die Autonomie der Marktwirtschaft sind und Entmündigung von Bürgern bedeuten – unterscheiden. Und das ist kein wirklicher Fortschritt in der Wirtschaftspolitik. TA

Bis zum magischen Achteck

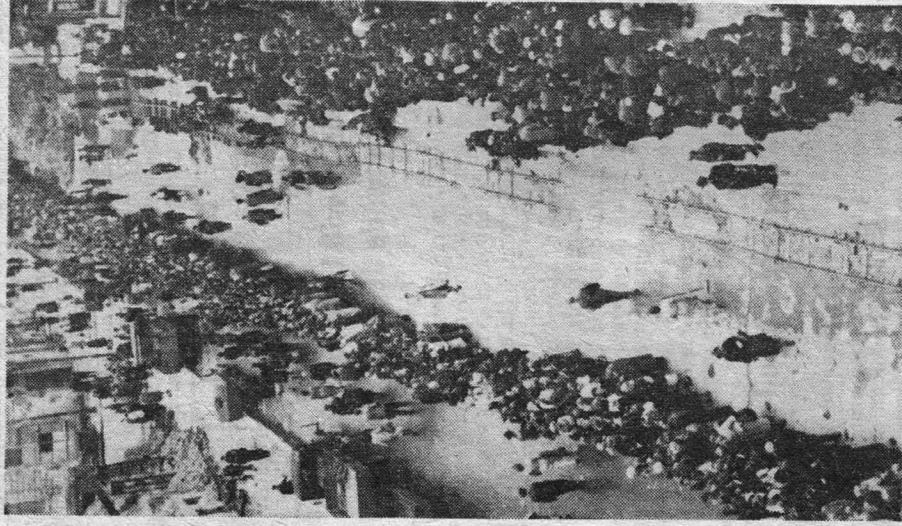
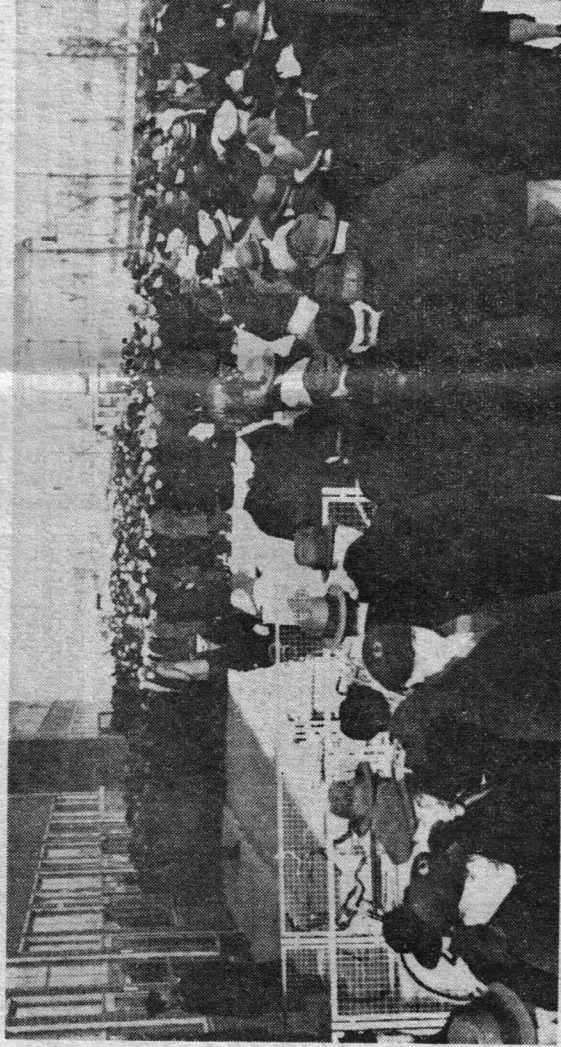
Die Zielkonflikte in der Wirtschaftspolitik / Von Gerd Grope

In ihrer Rede zur Eröffnung der Weltkonferenz für Handel und Entwicklung am 1. Februar 1968 in Neu Delhi sagte die indische Ministerpräsidentin, Indira Gandhi: „Man muß jetzt die hochentwickelten Länder darauf aufmerksam machen, daß Weltfrieden und wirtschaftlicher Fortschritt untrennbar miteinander verbunden sind. Wenn die Kluft zwischen reich und arm nicht geschlossen wird, besteht die Gefahr, daß die Armen sich ihr Recht mit Gewalt verschaffen. Es geht nicht um die Frage, ob die reichen Länder den armen helfen können, sondern ob sie es sich leisten können, diese Hilfe zu unterlassen.“ — Ob man nun bei dieser Kluft tatsächlich von Ungerechtigkeit sprechen kann, ist ein besonderes Problem. Auf jeden Fall aber will die unterentwickelte Dritte Welt an den Lebensstandard der Industrieländer herankommen.

Ende Juli 1961 veröffentlichte die kommunistische Partei der Sowjetunion unter dem damaligen Ministerpräsidenten Chruschtschow ihr neues, drittes Programm. Darin wurde angekündigt, daß die Sowjetunion bis zum Jahre 1970 die USA in der Pro-Kopf-Produktion überholen werde. Bis 1980 könne dann der Übergang zur kommunistischen Gesellschaftsordnung, in der „jeder nach seinen Bedürfnissen“ versorgt werde, im wesentlichen abgeschlossen sein. Denn die Sowjetunion werde bis zum Ablauf dieser Periode die doppelte Arbeitsproduktivität der USA erreichen. — Heute wissen wir, daß die Sowjetbürger auf das prophezeite Schlaffenland noch einige Zeit warten müssen.

Bei uns in der Bundesrepublik und anderswo in der westlichen Welt wollen die Landwirte das Einkommensniveau der Industrie erreichen. Nicht daß es ihnen absolut schlecht oder schlechter als früher ginge; aber sie vergleichen ihre Einkommenssteigerung mit der in der übrigen Wirtschaft, und dabei schneiden viele Bauern nicht gerade günstig ab (wobei oft vergessen oder

Am Anfang der Regierungszeit dieser großen Koalition in Bonn standen Vollbeschäftigung und Wachstum ganz oben in der Zielliste der Wirtschaftspolitik; man mußte den Krisengefahren entkommen, die zum Sturz der Erhard-FDP-Regierung geführt hatten. Am Ende dieser Regierungsperiode steht die Preisstabilität im Vordergrund der wirtschaftspolitischen Zielsetzung: Wirtschaftsminister Schiller muß



wirtschaftliche Entwicklung ein absolutes Gut darstelle“. Kennan meint statt dessen: „Eine Ideologie, welche die Menschen lehren würde, ihr Leben in einem quantitativ stabilen Rahmen positiv zu gestalten, in dem sie ihnen die Möglichkeiten böte, sich qualitativ zu entwickeln, würde einen tieferen Respekt einflößen als diejenige, die sich einem ewigen Expansionsprozeß hingibt, dessen Resultat unberechenbar, unkontrollierbar, aber fast sicher wenig wünschbar ist.“

„Beefsteak-Sozialismus“ vergessen

Aber wo in der Wirtschaftspolitik ist hiervon etwas zu spüren? Prof. Karl Schiller hatte schon vor seinem Amtsantritt als Bundeswirtschaftsminister kein Hehl aus seiner Wachstumsfreude — man nennt es auch Wachstumsfanatismus — gemacht. Vergessen ist offenbar in der SPD die Warnung des großen Joseph Schumpeter vor einem reinen „Beefsteak-Sozialismus“. Immer noch ist „Wachstum“ die herrschende Parole. Daß sie nicht schlechthin „Wachstum über alles“ heißt, liegt an der Preisstabilität, die ebenfalls mit zu den wirtschaftspolitischen Zielen gehört — freilich von den einen mehr, von anderen weniger wichtig.

ger — Preisstabilität. Angemessen aber auch hinsichtlich des Gleichgewichts der Devisenbilanz als weiteres allgemeingültiges Ziel der Wirtschaftspolitik.

Die wiederholten internationalen Währungsunruhen und Krisen einzelner Währungen haben nämlich den westlichen Ländern klargemacht, daß sie währungspolitisch in einem Boot sitzen. Kein Land darf zu große Devisenverluste erleiden, weil sonst andere Staaten mit Hilfsaktionen einspringen müssen. Kein Land darf aber auch ständige Devisenüberschüsse haben, weil diese ja das Spiegelbild der Verluste anderer sind. Und da es zu den neuzeitlichen Übeln der westdeutschen Wirtschaft gehört, „exportlastig“ zu sein und dadurch unseren Devisenhort ständig anzureichern, haben die Wachstumsfreunde hierzulande ein neues Argument bereit: Wir müssen die Binnenfrage auf hohen Touren halten, weil sonst die Unternehmen verstärkt den Export als Absatzventil suchen würden, um ihre ständig erweiterten Produktionskapazitäten auszunutzen.

Zugkräftigstes Argument für die Wachstumsfreunde ist jedoch immer noch jenes Ziel, über dessen Gewichtigkeit es unter Politikern, Wirtschaftswissenschaftlern und in der Bevölkerung

Nie wieder

darf es zu solchen Schlangen kommen. Unter dieser Forderung und Zielsetzung stehen die Wirtschaftspolitiker in aller Welt. Nie wieder Schlangen von Arbeitslosen wie 1932 in Deutschland (linkes Bild); nie wieder endlose Schlangen von Menschen vor Währungsbüros, wie sie sich am 20. Juni 1948 in den westdeutschen Städten und Dörfern bildeten (rechts als ein Schlusstrich unter die

sem: Angemessen hinsichtlich - mehr oder weniger Verhinderung einer größeren Arbeitslosigkeit.

Aber mit Vollbeschäftigung, Wachstum und Preisstabilität allein ist es nicht einmal getan; ein ganzes Bündel von Zielen verlangt zu seiner Verfolgung wahrhaft magische Kräfte.

Mit dem Börsenkrach begann es

An jenem Tag hob sich nämlich der Vorhang zu einem Drama, das sich nicht wiederholen darf. Der Kurseinbruch an der New Yorker Börse vom 29. Oktober 1929 löste eine Weltwirtschaftskrise aus, deren Fundament freilich schon im unseligen Friedensvertrag von Versailles gelegt war. Die Schockwirkung des Wallstreet-Zusammenbruchs führte zur Erschütterung des optimistischen Glaubens, daß weltweite Wirtschaftskrisen nur noch der Vergangenheit angehörten. Von Amerika griff der Pessimismus auf Europa über. Die Unternehmungslust der Wirtschaft schwand zusehends dahin. Wegen der Krise im eigenen Lande verringerten die USA ihre Einfuhren und versuchten, ihre Ausfuhren durch Preissenkungen zu forcieren. Andere Länder beschritten ähnliche Wege. Deutschland, vom Export abhängig und wegen seiner starken Verschuldung gegenüber dem Ausland förmlich um Devisen ringend, mußte hiervon hart betroffen werden.

Alle Welt sah bald darauf am Beispiel Deutschlands, welch verheerende politische Folgen eine Massenarbeitslosigkeit mit sich bringen kann - Folgen, die dann ein Großteil der Menschheit noch ein Jahrzehnt später mit dem zweiten Weltkrieg selbst zu spüren bekam. Heute ist die Vollbeschäftigung ein selbstverständliches Ziel der Wirtschaftspolitik. Heute gehört die "antizyklische Fiskalpolitik" zu den Schlagworten der Volkswirte. Heute wissen wir, daß der Staat Geld und Aufträge in die Wirtschaft pumpen muß, wenn diese an konjunktureller Schwäche leidet.

Teuerung früher „gottgegeben“

Aber nicht nur die Vollbeschäftigung ist längst eine bevorzugte Marschrichtung der Wirtschaftspolitik. Von manchen Seiten sogar noch höher bewertet wird ein Ziel, das vor 1933 ebenfalls nicht „anerkannt“ war: die Preisstabilität.

Oskar Emminger, Direktoriumsmitglied der Deutschen Bundesbank, hat einmal vor Augen geführt, welche fundamentale Wandlung sich gegenüber früher in den Aufgaben und Zielen der Währungs politik vollzogen hat: „Zur Zeit des klassischen Goldstandards (vor dem ersten Weltkrieg) wäre niemand auf den Gedanken gekommen, von der Notenbank eine Stabilisierung des Preisniveaus und der Konjunktur zu erwarten. Es gab damals außerordentlich starke Preis- und Konjunkturschwankungen. Sie wurden ebenso wie die sich oft über Jahrzehnte hinziehende „Teuerung“ - wir nennen es heute „schleichende Inflation“ - als etwas Gottgegebenes hingenommen. Eine Währung galt als stabil, wenn die Golddeckung und die Goldentlastbarkeit, also die Wechselkursstabilität, gewahrt waren. Auch noch nach dem ersten Weltkrieg, zum Beispiel als 1926/27 im Rahmen der großen deutschen Wirtschaftskrisen die Reichsbankpolitik untersucht und der damalige Reichsbankpräsident

Blick auf den Nachbarn

So wird also die Welt vom Streben nach Wachstum und vom „relativistischen“ Blick auf andere beherrscht. Das geht hinunter bis zu den einzelnen Menschen. Wie viele von uns können ehrlichen Herzens behaupten, daß sie sich nicht vom Prestige, vom Blick auf den Nachbarn und Kollegen leiten lassen, wenn sie ihre persönlichen Anschaffungen machen, ihre Wohnung einrichten oder das Auto kaufen? Daß dieser allzumenschliche Relativismus von Industrie und Handel angepöbelt wird, wenn neue oder auch nur scheinbar neue Produkte an den Mann, an die Frau und nicht zuletzt auch an die Jugend gebracht werden sollen, das gehört heute zu den Selbstverständlichkeiten.

Aber versteht sich so der Sinn des Wachstums und des Wirtschaftens überhaupt? Sind wir mit dem Erreichten nur dann zufrieden, wenn der andere nicht mehr hat? Ist deshalb vielleicht die karge Zeit von Kriegen bis zur Währungsreform von 1948 bei manchen von uns in „guter“ Erinnerung, weil wir alle auf knappe Kost gesetzt waren, in bescheidener Kleidung herumhiefen und jene, die von den Normalverbraubern abstachen, also mit den heutigen Wohlhabenden zu vergleichen wären, damals eher in Mißachtung lebten?

Freilich möchte wohl niemand mehr - beim Wort genommen - in die Lebensbedingungen jener Jahre zurückkehren. Denn was uns das sogenannte Wirtschaftswunder der fünfziger Jahre beschert hat, was für die meisten nichts Überflüssiges, sondern Lebensnotwendiges. Aber schon Ludwig Erhard mußte in seiner Regierungszeit einsehen, daß irgendetwas nicht stimmt, wenn die Menschen immer mehr haben und verdienen und trotzdem nicht zufriedener werden. Heute sind die Zweifel am Sinn von Wachstum und Wohlstandsjagd noch größer geworden. Jedoch: Welche Regierung oder Partei zieht hieraus die Konsequenzen?

George F. Kennan, ein hochangesehener Gesellschaftskritiker, stellt die Frage „Wozu Wachstum?“, und er verurteilt den „Glauben, daß die

unter den Folgen der „offenen“ Inflation gelitten hatte.

Preisstabilität, und als dritte Seite war die freie Lohnbildung gemeint, denn auf deren Basis sollte ja - jedenfalls in der Marktwirtschaft - das Doppelziel erreicht werden. Magisch nannte man dieses Dreieck deshalb, weil es schon mit magischen Kräften zugehen mußte, wenn das Dreieck konstruiert werden sollte, das heißt, wenn es gelingen sollte, zu gleicher Zeit - und zwar bei Lohnfreiheit - volle Beschäftigung und stabile Preise zu erreichen. Tatsächlich bestünde doch nur, so meinte man, die Wahl von zwei Seiten, auf die dritte müsse man verzichten. Denn bei Vollbeschäftigung würde zwangsläufig die Lohn-Preis-Spirale in Gang gesetzt, die Preisstabilität ginge also verloren. Wenn diese aber erhalten werden sollte, müsse auf Vollbeschäftigungspolitik verzichtet werden - oder auf die freiheitliche Basis der Tarifautonomie bei der Lohnbildung.

Das Zielbündel wird immer größer

Heute mag selbst die Konstruktion dieses Dreiecks wie ein Kinderspiel erscheinen. Inzwischen ist nämlich überall in der Welt noch das Wachstum als wirtschaftspolitisches Ziel eine Selbstverständlichkeit geworden. Außerdem ist in den „westlichen“ Ländern die Bedingungs basis der freien Lohnbildung ergänzt durch die Konvertibilität, das heißt durch die freie Umlauschbarkeit der Währungen gegeneinander. Bei alledem müssen die Länder bemüht sein, ihre Devisenbilanz im Gleichgewicht zu halten oder zumindest höhere und andauernde Devisendefizite zu vermeiden. Und um den Schwierigkeitsgrad auf die Spitze zu treiben, soll dies alles geschafft werden unter einem System prinzipiell fester Wechselkurse der Währungen.

Das wären sieben Seiten als Ziele bzw. Bedingungen. Schließlich muß noch ein Ziel hinzugefügt werden, das zwar schwer zu definieren, zu bestimmen ist, das aber dennoch fast überall als selbstverständlich gilt und das immer wieder die Interessengruppen auf die Barrikaden treibt: die gerechte Verteilung des gemeinsam erwirtschafteten Güterkuchens.

Man kann also heute von einem magischen Achteck sprechen, dessen Seiten folgende Beschriftung haben:

1. Vollbeschäftigung
2. Preisstabilität
3. Freie Lohnbildung
4. Wirtschaftswachstum
5. Freie Konvertibilität
6. Feste Wechselkurse
7. Ausgleich der Devisenbilanz
8. Gerechte Einkommensverteilung.

Bei uns in der Bundesrepublik ist der größte Teil dieser Ziele und Bedingungen seit Juni 1967 als Bündel verankert in dem „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“. Die in diesem Gesetz vorgesehenen wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen des Bundes und der Länder sind nämlich so zu treffen, „daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichen Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen“.

Konflikte und Kompromisse

Was nun die „Magik“ des Sieben- bzw. Achtecks angeht, so bezweifeln manche Wissenschaftler, daß alle Seiten derart in Konkurrenz zueinander stehen, wie dies von Fachleuten zumeist angenommen wird. Die Tatsache jedoch, daß es überhaupt schwieriger und kaum zu lösende Konflikte zwischen den gesetzten Zielen bzw. zwischen Zielen und den gestellten Bedingungen gibt, wird niemand leugnen. Fritz Machlup hat daher den Wirtschaftspolitikern vorgeworfen, daß sie „Unmögliches verlangen oder Ummögliches versprechen“. Sie trieben „eine irreführende, unaufrichtige und unwürdige Vogel-Strauß-Politik“.

Will eine Regierung nun mit ihren Zielsetzungen nicht zurückstecken bzw. gegenüber anderen Parteien oder Ländern nicht zurückstehen, dann bleibt nichts weiter als der Kompromiß. Ein Kompromiß braucht ja durchaus nicht faul zu sein, sondern muß in der Demokratie häufig als Ausweg gewählt werden, etwa zwischen den Wünschen der verschiedenen Interessengruppen. Auf das wirtschaftspolitische Zielbündel bezogen: Es wird kaum möglich sein, alle Ziele gleichzeitig zu erreichen. Statt dessen müssen wir uns jense Ziele besonders bemühen, die jeweils am meisten nachhinken. In der gegenwärtigen Hochkonjunktur muß das z. B. die Preisstabilität sein, während in der Flaute von 1967 Beschäftigung und Wachstum bevorzugt gefördert werden mußten.

etwas zu spüren? Prof. Karl Schiller hatte schon vor seinem Amtsantritt als Bundeswirtschaftsminister kein Hehl aus seiner Wachstumsfreude – manche nennen es auch Wachstumsfanatismus – gemacht. Vergessen ist offenbar in der SPD die Warnung des großen Joseph Schumpeter vor einem reinen „Beefsteak-Sozialismus“. Immer noch ist „Wachstum“ die herrschende Parole. Daß sie nicht schlechthin „Wachstum über alles“ heißt, liegt an der Preisstabilität, die ebenfalls mit zu den wirtschaftspolitischen Zielen gehört – freilich von den einen mehr, von anderen weniger wichtig genommen. Da die Preisstabilität durch ein ungezügelter Wirtschaftswachstum besonders gefährdet ist, soll das Wachstum „angemessen“ sein: Angemessen hinsichtlich – mehr oder weniger

Am Anfang der Regierungszeit dieser großen Koalition in Bonn standen Vollbeschäftigung und Wachstum ganz oben in der Zielliste der Wirtschaftspolitik; man mußte den Krisengefahren entrinnen, die zum Sturz der Erhard-FDP-Regierung geführt hatten. Am Ende dieser Regierungsperiode steht die Preisstabilität im Vordergrund der wirtschaftspolitischen Zielsetzung; Wirtschaftsminister Schiller muß seine Wachstumswünsche mäßigen, zumal sein Kabinettskollege und Wahlkampfkontrahent Strauß sich als Stabilitätseiferer produziert. Aber mit Vollbeschäftigung, Wachstum und Preisstabilität allein ist es nicht einmal getan; ein ganzes Bündel von Zielen verlangt zu seiner Verfolgung wahrhaft magische Kräfte.

Wirtschaft gehört, „exportlastig“ zu sein und durch unseren Devisenhort ständig anzureichern, haben die Wachstumsfreunde hierzulande ein neues Argument bereit: Wir müssen die Binnenfrage auf hohen Touren halten, weil sonst die Unternehmen verstärkt den Export als Absatzventil suchen würden, um ihre ständig erweiterten Produktionskapazitäten auszunutzen.

Zugkräftigstes Argument für die Wachstumsfreunde ist jedoch immer noch jenes Ziel, über dessen Gewichtigkeit es unter Politikern, Wirtschaftswissenschaftlern und dem sogenannten Mann von der Straße seit dem 29. Oktober 1929 keine Meinungsverschiedenheiten mehr gibt. Dieses Ziel heißt Vollbeschäftigung oder zumindest Verhinderung einer größeren Arbeitslosigkeit.

Mit dem Börsenkrach begann es

Nie wieder

darf es zu solchen Schlangen kommen. Unter dieser Forderung und Zielsetzung stehen die Wirtschaftspolitiker in aller Welt. Nie wieder Schlangen von Arbeitslosen wie 1932 in Deutschland (linkes Bild); nie wieder endlose Schlangen von Menschen vor Wahlbüros, wie sie sich am 20. Juni 1948 in den westdeutschen Städten und Dörfern bildeten (rechts), als ein Schlußstrich unter die „zurückgestaute“ Inflation des zweiten Weltkrieges gezogen wurde, nachdem die Bevölkerung in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg unter den Folgen der „offenen“ Inflation gelitten hatte.

Aufn.: Ullstein/dpa

Preisstabilität, und als dritte Seite war die freie Lohnbildung gemeint, denn auf deren Basis sollte

27. 7. 69

Hannoversche Allgemeine Zeitung
3000 H a n n o v e r
Postfach

Leserauschrift zu: "Bis zum magischen Achteck" von Gerd Grope
HAZ 26./27. 7. 69, S. 5

Mit "Nie wieder darf es zu solchen Schlangen kommen." werden die Abbildungen (schlangestehende Arbeitslose 1932 und Menschenschlangen vor den Währungsbüros 1948) kommentiert.

Das es solche Schlangen gegeben hat, ist dem Hochmut der Majorität in der Wirtschaftswissenschaft und Politik der Weimarer Republik gegenüber einer Minorität der Wissenden zu verdanken.

Der Begriff "magische Ecken" ist zutreffend für den Zustand der Volkswirtschaftslehre. Die Volkswirte sind nämlich mehr Magier als Wissenschaftler.

Die in dem obigen Bericht aufgeführten 8 magischen Ecken reduzieren sich bei logischer Betrachtung auf ein rationales Dreieck.

1. Freie Lohnbildung ist kein Ziel der Wirtschaftspolitik, sondern ein Element unserer Wirtschaftsordnung.
2. Freie Konvertibilität (die zum Wochenbeginn von der Bundesbank eingeschränkt wurde), Ausgleich der Devisenbilanz und stabile (nicht fixierte) Wechselkurse (also außenwirtschaftliches Gleichgewicht) sind durch die Einführung flexibler Wechselkurse zu haben.
3. Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum werden jetzt zu Lasten der Preisniveaustabilität erreicht, indem die leichte Inflation den Geldkreislauf in Bewegung hält.

Wenn die Preisniveaustabilität auch erreicht werden soll, ist es erst einmal notwendig, die Quantität des Geldes zu bestimmen und die Umlaufgewindigkeit zu beherrschen. Die theoretischen Einsichten verstauben seit der Jahrhundertwende in Bücherregalen. Die politischen Sachzwänge werden aber die alten Einsichten als neue wissenschaftliche Erkenntnis kreieren, wie z.B. die flexiblen Wechselkurse.

4. Wenn eine gerechte Einkommensverteilung gefordert wird, kommt man nicht an der Tatsache vorbei, daß Gerechtigkeit in der Wirtschaft nur Leistungs- oder Tauschgerechtigkeit sein. Die Leistungsgerechtigkeit werden wir aber nur dann erreichen, wenn jeder Werktätige (einschließlich Unternehmer) seinen vollen Arbeitsertrag erhält, d.h. daß dem Kapital seine Ertragsfähigkeit genommen wird.

Die Versuche, den Kapitalismus mittels Vermögensumverteilungen einen annehmbaren Anstrich zu geben, werden auch noch den Kern unserer freiheitlichen Ordnung verrotten lassen.

Die einzige systemgerechte Methode, um eine gerechte Einkommensverteilung zu erreichen, ist, die Marktwirtschaft voll zur Entfaltung kommen zu lassen, das kann man schon bei Keynes und Gesell lesen.

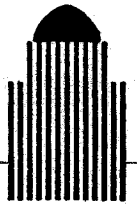
5. Wenn die Widersprüche in der Wirtschaftspolitik Geräusche von sich geben würden, dann würde man den Großstadtlärm sicher als tiefe Stille empfinden.

Jede magische Ecke, jeder Konflikt zwischen den elementaren Zielen der Wirtschaftspolitik zeugt von sachwidrigen Empfehlungen der Volkswirte und von schlecht durchdachten Maßnahmen der Politiker. Die Wechselkursdiskussion zeigt ~~an~~ den Wandel an, sie zeigt auch wie durch marktwirtschaftskonforme Maßnahmen sich magische Ecken auflösen.

Wirtschaftliches Wachstum, Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität lassen sich zwar nicht mit Magie, aber mit Rationalität gleichzeitig verwirklichen.

Wenn Raumfahrt so stümperhaft, wie Wirtschaftspolitik betrieben würde, dann hätten wir in hundert Jahren noch keine Mondlandung erlebt.

Hannoversche Allgemeine ZEITUNG



VERLAGSGESELLSCHAFT MADSAK & CO., HANNOVER

Verlagsgesellschaft Madsack & Co. · 3 Hannover 1 · Postfach 209

Herrn
Tristan A b r o m e i t

3000 Hannover-Kleefeld
Kaulbachstraße 25

WIRTSCHAFTS-
REDAKTION

Ihre Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unsere Zeichen	Telefon (Direkt-Durchwahl)	3 Hannover, Anzeiger-Hochhaus
	27.7.1969	GG/schw-	1676-440	14. Oktober 1969

Sehr geehrter Herr Abromeit!

Ihr Brief vom 27. Juli ist während meines Urlaubs in einem großen Unterlagenstoß auf meinem Schreibtisch gelandet. Durch Umzug innerhalb der Redaktion hat sich dieser ganze Stoß in eine Ecke "verkrümelte", und ich habe Ihren Brief erst jetzt beim allgemeinen Aufräumen gefunden. Entschuldigen Sie bitte, daß ich heute nur kurz antworte (eine Veröffentlichung als Leserbrief ist leider zu spät).

Wenn ich mich recht erinnere, habe ich in dem betreffenden Artikel selbst unterschieden, daß es beim magischen Achteck Ziele und Rahmenbedingungen gibt. Und die freie Lohnbildung gehört eben als Element der marktwirtschaftlichen Ordnung zu solchen Rahmenbedingungen.

Theoretische "Einsichten", wie man Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit des Geldes tatsächlich oder vermeintlich regulieren kann, gibt es schon lange. Wenn Sie selbst etwa die Lehre von Silvio Gesell im Auge haben, muß ich Ihnen leider sagen: Das war das Thema meiner Diplomarbeit, die allerdings schon über 20 Jahre alt ist. Aber ich glaube, daß sich bis jetzt nichts an dem Standpunkt der Wissenschaftler geändert hat: Silvio Gesells Vorstellungen sind in Wirklichkeit nicht zu praktizieren.

Mit Ihrem letzten Satz, der die Raumfahrt mit der Wirtschaftspolitik vergleicht, gehe ich ziemlich einig. Man sollte aber dabei nicht vergessen, daß das Thema der Wirtschaftspolitik, nämlich unseres gesellschaftlichen Zusammenleben, viel komplizierter ist als physikalische und andere Probleme, mit denen es die Raumfahrt zu tun hat. Das Entscheidende ist aber wohl, daß die Wirtschaftspolitik auf Gruppen Rücksicht nimmt oder Rücksicht nehmen muß, deren Interessen sehr unterschiedlich sein können.

Mit freundlichen Grüßen

HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG
Wirtschaftsredaktion

(Grope)

HAZ 8.5.09

Trittins ökonomische Wende

Heute beginnt der Bundesparteitag der Grünen – und der Spitzenkandidat verspricht den Wählern eine M

VON DIRK SCHMALER

Nienburg/Hannover. Die Wechselstimmung ist schon da. Im Nienburger Kulturhaus sieht es aus wie auf einer Energiemesse. Vier Ökostromanbieter haben kleine Stände aufgebaut, es gibt Informationsmaterial und Werbeaufkleber. Sie haben Papptafeln mitgebracht, mit Windrädern darauf, die wie stolze Türme in blaue Himmel ragen, und „Greenpeace Energy“ hat in großen Lettern auf ein Plakat geschrieben: „Die Natur würde wechseln, wenn sie könnte. Der Mensch kann.“ „Stromwechselliga“ nennen die Grünen diese Veranstaltungen, die Besucher dazu bewegen sollen, Ökostrom zu beziehen. Rund 70 Besucher sind in das Kulturzentrum an der Weser gekommen, einige haben auch ihre Vertragsunterlagen mitgebracht. Die meisten aber wollen ihren Spitzenkandidaten sehen.

Denn Nienburgs Grüne haben hohen Besuch. Auf der kleinen Bühne neben den Infoständen steht Jürgen Trittin in grauem Anzug und erklärt, wie er Deutschland mit eben jenen Windrädern zu einer „neuen, exportorientierten Leitindus-

trie“ verhelfen hat. „Wechselt zum Naturstrom, das ist die einzige Frage, die die Erzeuger verstehen“, ruft er in den Saal. Der 54-Jährige läuft sich in diesen Tagen warm für die heiße Phase des langen Wahlkampfs 2009.

Der erfahrene Grünen-Politiker will den Wahlkampf dafür nutzen, ein besonderes Projekt zu verfolgen. Er will die Wirtschaftskompetenz seiner Parteistärken. Denn im Krisenjahr, so das Kalkül der grünen Parteistrategen, wollen auch die traditionell eher wirtschaftsfernen Grünen-Wähler wissen, wie ihr Arbeitsplatz sicher bleibt. Und Trittin will derjenige sein, der es ihnen erklärt.

Der ehemalige Bundesumweltminister traut sich diese Aufgabe zu. Er sieht das Konzept von der ökologischen Wirtschaft als Wachstumsmarkt weltweit auf dem Vormarsch – gerade in der Krise. „Das Leitthema der Hannover Messe war in diesem Jahr Energieeffizienz“, sagt der 54-Jährige. Er bezeichnet sich gern als „Sohn eines ehrbaren Kaufmanns“, und betont eher stolz als verschämt, dass er sich regelmäßig mit den großen Wirtschaftsführern der Republik austauscht.

„Ich gelte in Wirtschaftskreisen nicht als Sonderling“, beteuert Trittin.

Das war schon einmal anders. Der gebürtige Bremer, der 1990 in Niedersachsen die erste rot-grüne Landesregierung unter der Führung von Gerhard Schröder anbahnte, hat sich in seiner Amtszeit als Bundesumweltminister nicht viele Freunde in der Wirtschaft gemacht. Er setzte den Atomkompromiss gegen den Willen der Stromwirtschaft durch, er führte stur das umstrittene Dosenpfand gegen den erbitterten Widerstand des Einzelhandels ein. Und als Verfechter der EU-Altautoverordnung vergrätzte er die Autohersteller. Vielleicht stammt aus dieser Zeit die Erkenntnis, dass nicht nur die Energiefrage ein grünes Thema ist. „Wir versuchen gerade, die Grünen aus der Wahrnehmung herauszuholen, wir kümmern uns in Wirtschaftsfragen nur um die Energiefrage“, sagt Trittin. Er werbe dafür, sich auch verstärkt beispielsweise um die Autoindustrie zu kümmern. „Das sind doch alles grüne Themen, die wir stärker in den Mittelpunkt rücken wollen“, sagt er. Er spricht von Fortschritt, Wettbewerbsvorteilen durch grüne Tech-

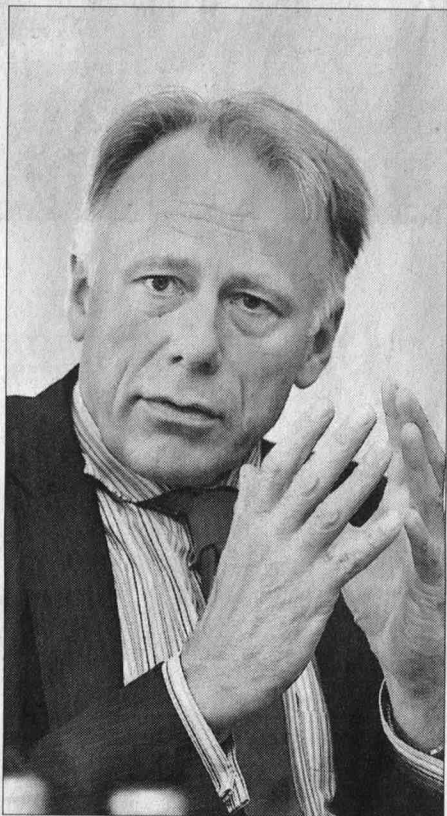
nologie und von Effizienz, die gerade in der Krise wichtig sei. Es klingt, als wolle er die Wirtschaft mit ihren eigenen Waffen und Worten schlagen.

Die ökonomische Wende soll sich auch im Parteiprogramm niederschlagen, das beim heute beginnenden Parteitag in Berlin debattiert wird. Inhaltlich will sich die Ökopartei zwar treu bleiben, heißt es, nur sollen sich die Grünen auch hier wirtschaftsfreundlicher zeigen. In dem Programmentwurf versprechen die Grünen eine Million neue Jobs binnen vier Jahren durch Investitionen in Klimaschutz, Bildung und Soziales. „Das kostet jährlich ungefähr 20 Milliarden Euro, die wir aber nachhaltig investieren“, sagt Trittin und fügt hinzu: „Das ist ökonomisch sinnvoll und hat nichts mit der Koalition zu tun, die die Große Koalition mit der Abwrackprämie abfackelt.“ Mit Milliarden-Forderungen zugunsten von Elektroautos, Wärmeeinsparung, Ökostrom, wollen die Grünen die Erderwärmung eindämmen und die Wirtschaft sowie öffentliche Leistungen ankurbeln, im Dienste sozialer Wohlfahrt, die wiederum Kreativität freisetzen

Million neue Jobs

können – etwa durch mehr Kita-Plätze, die der Erwerbsquote qualifizierter Frauen zuträglich sind. „Vom Parteitag soll die Botschaft ausgehen: Die Grünen haben die richtige Antwort auf diese Krise“, sagt Trittin.

Manche Parteifreunde vermuten hinter dem neuen Kurs der Spitze Annäherungsversuche an den möglichen Koalitionspartner FDP. Künast und Trittin hatten sich mehrfach vage für eine Ampel-Koalition mit SPD und FDP auf Bundesebene ausgesprochen, stießen damit aber auf Widerstand. Die Ampel ist vielen Grünen ein Graus. Im Wahlaufuf, der jetzt zur Abstimmung steht, gibt es keine Koalitionsaussage. Es ist nur noch von den größten „Überschneidungen mit der Sozialdemokratie“ die Rede. Trittin sieht die Sache pragmatisch. „Wir wollen Schwarz-Gelb verhindern, die Große Koalition beenden und unsere Politik durchsetzen. Wir machen aber nicht den Steigbügelhalter für Schwarz-Gelb.“ Wenn es nach ihm geht, stellt sich die Frage nach Koalitionen sowieso nicht. „Unser Ziel ist es, allein zu regieren. Wenn das nicht klappt, gucken wir, was möglich ist.“



Er will derjenige sein, der es den Wählern erklärt: Jürgen Trittin.

dpa